

Berlin, den 30.6.2014

**Mitteilung  
der Bundesregierung  
der Bundesrepublik Deutschland  
an die Europäische Kommission**

Betreff: HT.2807 – Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse:  
Vorzulegender Bericht gemäß DAWI-Beschluss und DAWI-Rahmen

Bezug: Schreiben der Europäischen Kommission vom 25.2.2013

Die Bundesregierung teilt auf Grundlage der ihr von den deutschen Behörden zur Verfügung gestellten Informationen mit:

**1. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Beschlusses und des DAWI-Rahmens sowie Angabe der Höhe des gewährten Betrags**

1) Krankenhäuser (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b)

*Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in Ihrem Mitgliedstaat in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den Gegenstand der Dienstleistungen, mit denen der Erbringer als Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut wurde.*

Bezüglich des Systems der Krankenhausfinanzierung in Deutschland sowie den Besonderheiten bei der Hochschulklinikfinanzierung wird auf die Berichterstattung aus dem Jahr 2011 Bezug genommen.

Insbesondere erfolgen Betrauungen mit folgenden DAWI:

- Medizinische Versorgungsleistungen (z.B. medizinische Versorgung der in der jeweiligen Klinik stationär behandelten Patienten mit allen dazugehörigen Einzelleistungen; medizinische Untersuchungen und Behandlungen der in der

jeweiligen Klinik ambulant versorgten Patienten mit allen dazugehörenden Einzelleistungen).

- Notfalldienste (z.B. Gewährung der ständigen Aufnahme- und Dienstbereitschaft; Bereitstellung von Notärzten für den Rettungsdienst).
- Unmittelbar mit diesen Haupttätigkeiten verbundene Nebenleistungen, sofern sie selbst als DAWI eingestuft wurden (z.B. Aus-, Fort- und Weiterbildung in Krankenhausberufen; Ausbildung von Medizinstudenten; Betrieb von Laboren, Krankenhausapotheken und Blutbanken; Speiseversorgung für Patienten).

***Erläutern Sie bitte die (typischen) Formen der Betrauung. Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungen verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.***

Eine typische Form der Betrauung gibt es nicht. Betrauungen erfolgen z.B. mittels Verwaltungsakt, durch Gesetz, Satzung, Beschluss des jeweiligen kommunalen Entscheidungsträgers oder – im Bereich der ambulanten Versorgung – durch einen Zulassungsausschuss.

***Erläutern Sie bitte die (typische) Betrauungsdauer und geben Sie die Mindest- und Höchstdauer der Betrauungen an. Bitte geben Sie auch an, wie hoch der Anteil der Betrauungen ist, deren Dauer 10 Jahre überschreitet.***

Die typische Betrauungsdauer beträgt 10 Jahre. Im Bereich der Hochschulkliniken erfolgen die Betrauungen typischerweise unbefristet.

***Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) ausschließliche oder besondere Rechte gewährt werden.***

In der Regel werden den Unternehmen keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

***Erläutern Sie bitte den (typischen) Ausgleichsmechanismus für die einzelnen Dienstleistungen, einschließlich des verwendeten Beihilfeinstruments (Zuschuss, Garantie usw.), und machen Sie Angaben darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.***

Der Ausgleich erfolgt typischerweise durch Zuschüsse, teilweise auch über Kredite und Bürgschaften. In der Regel wird eine Kostenallokationsmethode zugrunde gelegt.

***Erläutern Sie bitte die (typischen) Vorkehrungen, die getroffen wurden, damit keine Überkompensierung entsteht bzw. etwaige überhöhte Ausgleichszahlungen zurückgezahlt werden.***

Die Kontrolle erfolgt typischerweise über Verwendungsnachweise im Rahmen eines geprüften Jahresabschlusses.

***Insgesamt gewährte Beihilfe. Dies umfasst sämtliche im Hoheitsgebiet Ihres Mitgliedstaats gezahlte Beihilfen, einschließlich der von regionalen und lokalen Gebietskörperschaften gezahlten Beihilfen.***

Nach den der Bundesregierung von den deutschen Behörden zur Verfügung gestellten Informationen wurden Beihilfen i.H.v. insg. rd. 755,91 Mio. Euro (2012) bzw. 873,86 Mio. Euro (2013) gewährt. Im Berichtszeitraum wurden zudem – insoweit liegen keine Informationen zum Beihilfewert vor – Bürgschaften und Haftungsverpflichtungen i.H.v. insg. rd. 617,46 Mio. Euro übernommen und Genussrechte i.H.v. insg. rd. 3 Mio. Euro erworben.

## 2) Soziale Dienstleistungen (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c)

### a) Gesundheitsdienste und Langzeitpflege

***Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in Ihrem Mitgliedstaat in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den Gegenstand der Dienstleistungen, mit denen der Erbringer als Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut wurde.***

Es erfolgen Betrauungen in folgenden Bereichen:

- Bereitstellung und Betrieb von Einrichtungen zur Betreuung, Versorgung und Pflege alter und pflegebedürftiger Menschen, insbesondere Seniorenheime und Seniorenpflegheime.
- Weitere Leistungen auf dem Gebiet der Altenhilfe (u.a. ambulante Pflege, Sozialstationen, Wohngruppen für Demenzzranke, Begegnungsstätten, Seniorenprogramme, betreutes Wohnen, generationenübergreifende Quartierskonzepte).
- Maßnahmen zur Verbesserung der Telemedizin bzw. der Palliativversorgung.

***Erläutern Sie bitte die (typischen) Formen der Betrauung. Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungen verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.***

Die Betrauung erfolgt typischerweise mittels Verwaltungsakt, darüber hinaus u.a. durch Beschluss der zuständigen Gremien einer kommunalen Gebietskörperschaft, Vertrag oder Satzung.

***Erläutern Sie bitte die (typische) Betrauungsdauer und geben Sie die Mindest- und Höchstdauer der Betrauungen an. Bitte geben Sie auch an, wie hoch der Anteil der Betrauungen ist, deren Dauer 10 Jahre überschreitet.***

Die typische Betrauungsdauer beträgt 10 Jahre, die Mindestdauer der Betrauungen beträgt 1 Jahr. Teilweise erfolgen unbefristete Betrauungen.

***Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) ausschließliche oder besondere Rechte gewährt werden.***

In der Regel werden den Unternehmen keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

***Erläutern Sie bitte den (typischen) Ausgleichsmechanismus für die einzelnen Dienstleistungen, einschließlich des verwendeten Beihilfeinstruments (Zuschuss, Garantie usw.), und machen Sie Angaben darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.***

Der Ausgleich erfolgt durch Zuschüsse, Darlehen, Kassenkredite, Bürgschaften und Kapitaleinlagen, wobei in der Regel eine Kostenallokationsmethode zugrunde gelegt wird.

***Erläutern Sie bitte die (typischen) Vorkehrungen, die getroffen wurden, damit keine Überkompensierung entsteht bzw. etwaige überhöhte Ausgleichszahlungen zurückgezahlt werden.***

Die Kontrolle erfolgt typischerweise über Verwendungsnachweise im Rahmen eines geprüften Jahresabschlusses.

***Insgesamt gewährte Beihilfe. Dies umfasst sämtliche im Hoheitsgebiet Ihres Mitgliedstaats gezahlte Beihilfen, einschließlich der von regionalen und lokalen Gebietskörperschaften gezahlten Beihilfen.***

Nach den der Bundesregierung von den deutschen Behörden zur Verfügung gestellten Informationen wurden Beihilfen i.H.v. insg. rd. 8,6 Mio. Euro (2012) bzw. 18,01 Mio. Euro (2013) gewährt.

b) Kinderbetreuung

***Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in Ihrem Mitgliedstaat in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den Gegenstand der Dienstleistungen, mit denen der Erbringer als Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut wurde.***

Es erfolgen Betrauungen im Bereich der Erziehung, Bildung, Förderung und Betreuung von Kindern und der Unterstützung ihrer Familien sowie des Betriebs von Einrichtungen der Kinder-, Jugend-, Erziehungs- und Behindertenhilfe.

***Erläutern Sie bitte die (typischen) Formen der Betrauung. Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungen verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.***

Die Betrauungen erfolgen mittels Verwaltungsakt sowie durch Verträge und Ratsbeschlüsse.

***Erläutern Sie bitte die (typische) Betrauungsdauer und geben Sie die Mindest- und Höchstdauer der Betrauungen an. Bitte geben Sie auch an, wie hoch der Anteil der Betrauungen ist, deren Dauer 10 Jahre überschreitet.***

Häufig beträgt die Betrauungsdauer 10 Jahre. Teilweise wird auch bis zum 25 Jahren oder unbefristet betraut.

***Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) ausschließliche oder besondere Rechte gewährt werden.***

In der Regel werden den Unternehmen keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

***Erläutern Sie bitte den (typischen) Ausgleichsmechanismus für die einzelnen Dienstleistungen, einschließlich des verwendeten Beihilfeinstruments (Zuschuss, Garantie usw.), und machen Sie Angaben darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.***

Der Ausgleich erfolgt durch Zuschüsse, Bürgschaften und die Überlassung von Grundstücken zu Vorzugskonditionen, wobei in der Regel eine Kostenallokationsmethode zugrunde gelegt wird.

***Erläutern Sie bitte die (typischen) Vorkehrungen, die getroffen wurden, damit keine Überkompensierung entsteht bzw. etwaige überhöhte Ausgleichszahlungen zurückgezahlt werden.***

Die Kontrolle erfolgt typischerweise über Verwendungsnachweise im Rahmen eines geprüften Jahresabschlusses.

***Insgesamt gewährte Beihilfe. Dies umfasst sämtliche im Hoheitsgebiet Ihres Mitgliedstaats gezahlte Beihilfen, einschließlich der von regionalen und lokalen Gebietskörperschaften gezahlten Beihilfen.***

Nach den der Bundesregierung von den deutschen Behörden zur Verfügung gestellten Informationen wurden Beihilfen i.H.v. insg. rd. 194,64 Mio. Euro (2012) bzw. 339,57 Mio. Euro (2013) gewährt, wobei für das Jahr 2013 teilweise noch keine Nachweise vorliegen. Es wurden zudem – insoweit liegen keine Informationen zum Beihilfewert vor – Bürgschaften i.H.v. rd. 3,31 Mio. Euro (2012) bzw. 3,15 Mio. Euro (2013) übernommen.

c) Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt

***Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in Ihrem Mitgliedstaat in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den Gegenstand der Dienstleistungen, mit denen der Erbringer als Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut wurde.***

Es erfolgen Betrauungen in folgenden Bereichen:

- Hilfe für Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten, Langzeitarbeitslose, jüngere Arbeitslosen mit schlechten Eingangsvoraussetzungen und ältere Arbeitslose (u.a. Aus-, Fort- und Weiterbildung, Qualifizierung, Beratung, Betreuung, Beschäftigungsförderung sowie integrierte Angebote von Arbeit, psychosozialer Betreuung und beschäftigungsbegleitender Bildung).
- Förderung der Berufsbildung und der beruflichen Orientierung und Qualifizierung von Arbeitnehmern, die infolge des Strukturwandels von Arbeitslosigkeit bedroht oder betroffen sind (u.a. Weiterbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten).
- Anteilige Zahlung des Arbeitsentgelts für besonders schwer vermittelbare Langzeitarbeitslose, die im Zuweisungszeitraum voraussichtlich keine Aussicht auf Integration in den allgemeinen Arbeitsmarkt haben (im Rahmen von gemeinwohlorientierten Projekten außerhalb des ersten Arbeitsmarkts).

***Erläutern Sie bitte die (typischen) Formen der Betrauung. Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungen verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.***

Die Betrauungen erfolgen mittels Verwaltungsakt, in einem Fall erfolgt die Betrauung vertraglich.

***Erläutern Sie bitte die (typische) Betrauungsdauer und geben Sie die Mindest- und Höchstdauer der Betrauungen an. Bitte geben Sie auch an, wie hoch der Anteil der Betrauungen ist, deren Dauer 10 Jahre überschreitet.***

Eine typische Betrauungsdauer gibt es nicht. Sie beträgt zwischen 1 Jahr und 10 Jahren. Betrauungen, deren Dauer 10 Jahre überschreitet, existieren nicht.

***Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) ausschließliche oder besondere Rechte gewährt werden.***

Den Unternehmen werden keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

***Erläutern Sie bitte den (typischen) Ausgleichsmechanismus für die einzelnen Dienstleistungen, einschließlich des verwendeten Beihilfeinstruments (Zuschuss, Garantie usw.), und machen Sie Angaben darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.***

Der Ausgleich erfolgt typischerweise durch Zuschüsse, wobei in der Regel eine Kostenallokationsmethode zugrunde gelegt wird.

***Erläutern Sie bitte die (typischen) Vorkehrungen, die getroffen wurden, damit keine Überkompensierung entsteht bzw. etwaige überhöhte Ausgleichszahlungen zurückgezahlt werden.***

Die Kontrolle erfolgt typischerweise über Verwendungsnachweise im Rahmen eines Jahresabschlusses.

***Insgesamt gewährte Beihilfe. Dies umfasst sämtliche im Hoheitsgebiet Ihres Mitgliedstaats gezahlte Beihilfen, einschließlich der von regionalen und lokalen Gebietskörperschaften gezahlten Beihilfen.***

Nach den der Bundesregierung von den deutschen Behörden zur Verfügung gestellten Informationen wurden Beihilfen i.H.v. insg. rd. 1,4 Mio. Euro (2012) bzw. 12,52 Mio. Euro (2013) gewährt.

d) Sozialer Wohnungsbau

***Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in Ihrem Mitgliedstaat in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den Gegenstand der Dienstleistungen, mit denen der Erbringer als Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut wurde.***

Es erfolgen Betrauungen mit Maßnahmen zur Sicherung und Verbesserung der Wohnraumversorgung von Bevölkerungsgruppen, die sich allein nicht angemessen auf dem freien Wohnungsmarkt versorgen können (insbesondere Haushalte mit geringem Einkommen, Haushalte mit Kindern, Alleinerziehende, Schwangere, ältere und behinderte Menschen). Die Zielgruppen sind weit überwiegend über Einkommensgrenzen definiert, deren Einhaltung im Einzelfall nachgewiesen werden muss. Die Dienstleistung ist auf die Schaffung von Wohnraum durch Neubau oder Erwerb sowie die Modernisierung bestehenden Mietwohnraums zu sozialen Wohnungszwecken gerichtet. Letzteres beinhaltet die nachhaltige Erhöhung des Gebrauchswerts von Mietwohnungen bzw. -gebäuden, die dauerhafte Verbesserung der allgemeinen Wohnverhältnisse und die nachhaltige Einsparung von Energie oder Wasser auch zur Senkung der Wohnnebenkosten. Für eine alternde Gesellschaft umfasst die soziale Wohnraumförderung auch die Unterstützung barrierefreier Bauweisen und altersangemessener Wohnformen und Wohnqualitäten, z.B. Wohnraum für Gruppen mit besonderem Betreuungs- und Pflegebedarf oder betreutes Wohnen. Zugunsten der Zielgruppen der sozialen Wohnraumförderung kann auch eine Übernahme weiterer wohnungswirtschaftlicher, baulicher und sozialer Maßnahmen, insbesondere von solchen zur Verbesserung des Wohnumfeldes, der Behebung sozialer Missstände und der Quartiersentwicklung, vereinbart werden. Der Erbringer der Dienstleistung (wohnungswirtschaftliches Unternehmen/Vermieter) stellt Wohnraum zur Verfügung, der zu einem günstigen Preis an die beschriebene Zielgruppe vermietet wird.

***Erläutern Sie bitte die (typischen) Formen der Betrauung. Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungen verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.***

Die Betrauungen erfolgen in der Regel mittels Verwaltungsakt.

***Erläutern Sie bitte die (typische) Betrauungsdauer und geben Sie die Mindest- und Höchstdauer der Betrauungen an. Bitte geben Sie auch an, wie hoch der Anteil der Betrauungen ist, deren Dauer 10 Jahre überschreitet.***



Die Betrauungsdauer beträgt wegen der hohen Investitionssumme und der langen Refinanzierungsdauer in der Regel 10 bis 30 Jahre. Da die Darlehen für den Mietwohnungsbau 10 Jahre grundsätzlich nicht unterschreiten, ist der Anteil der Betrauungen mit einer Dauer von mehr als 10 Jahren sehr hoch.

***Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) ausschließliche oder besondere Rechte gewährt werden.***

In der Regel werden den Unternehmen keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

***Erläutern Sie bitte den (typischen) Ausgleichsmechanismus für die einzelnen Dienstleistungen, einschließlich des verwendeten Beihilfeinstruments (Zuschuss, Garantie usw.), und machen Sie Angaben darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.***

Die soziale Wohnraumförderung ist objektbezogen angelegt. Die Förderung wird durch zinsgünstige Darlehen, Zuschüsse für anteilige Baufinanzierung, die Übernahme von Bürgschaften und sonstigen Gewährleistungen, durch die Bereitstellung verbilligten Baulands oder durch eine Kombination dieser Fördermittel gewährt. Die häufigsten Förderinstrumente sind langfristige, zinsgünstige Darlehen oder Zuschüsse. In der Regel wird eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt. Die Höhe der Ausgleichszahlungen richtet sich nach einem ex ante festgelegten objektiven und transparenten Verfahren: Bei der Aufstellung der Förderprogramme werden Förderkonditionen, nach denen sich die Höhe der Nettokosten der Ausgleichsleistung im Einzelfall bemisst, so festgelegt, dass sie für die Dauer der Mietpreis- und Belegungsbindung die wirtschaftlichen Nachteile der mit der Förderung verbundenen Gemeinwohlverpflichtung ausgleicht. Ausgeglichen werden die mit der Mietpreisbegrenzung verbundenen Ertragseinbußen im Vergleich zum Marktmietenniveau, der mit den Belegungsbindungen verbundene erhöhte Aufwand für Mieterbetreuung, Instandhaltung und Verwaltung und die eventuell mit einer besonderen Bauausführung (z.B. barrierefreier Wohnraum) verbundenen erhöhten Baukosten. Bei der Festsetzung der Förderhöhe werden die jeweiligen Wohnungsmarktverhältnisse berücksichtigt (gestützt auf verfügbare Daten und wissenschaftliche Untersuchungen über Bodenpreise, Baukosten und Marktmieten).

***Erläutern Sie bitte die (typischen) Vorkehrungen, die getroffen wurden, damit keine Überkompensierung entsteht bzw. etwaige überhöhte Ausgleichszahlungen zurückgezahlt werden.***

In den Förderprogrammen werden allgemein zu beachtende Vorgaben sowohl zu den Gemeinwohlverpflichtungen als auch zur Bemessung der Ausgleichszahlungen geregelt. In diesem Rahmen werden dann von der Bewilligungsstelle unter Berücksichtigung der jeweiligen Umstände des Einzelfalls die konkreten Ausgleichszahlungen objektbezogen so bemessen, dass diese angesichts der dann ebenso zu konkretisierenden Gemeinwohlverpflichtungen nicht zu einer Überkompensation führen. Zu den typischen Vorkehrungen gehört, dass dem Unternehmen nicht nur bestimmte Gemeinwohlverpflichtungen auferlegt, sondern auch gesetzlich oder im Förderbescheid von vornherein die Rechtsgrundlagen geschaffen werden, um die strikte Einhaltung dieser Verpflichtungen gegenüber Unternehmen und Sozialmietern wirksam kontrollieren und durchsetzen zu können (u.a. Verpflichtungen zur Auskunft, zur Gewährung von Einsicht in Unterlagen und zur Gestattung des Zugangs zu Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen). Zudem ist es möglich, Bestimmungen des Förderbescheids im Wege des Verwaltungszwangs durchzusetzen und bei etwaigen Verstößen wegen des damit teilweise vereitelten Subventionszwecks Geldleistungen festzusetzen. Weiter zählt hierzu die Möglichkeit eines (teilweisen) Widerrufs der Förderung verbunden mit einer Rückforderung bewilligter Mittel. Für den Fall einer vorzeitigen Darlehensrückzahlung oder der Insolvenz eines Unternehmens sind von vornherein gesetzliche Nachwirkungsfristen für die Mietpreis- und Belegungsbindungen festgelegt.

***Insgesamt gewährte Beihilfe. Dies umfasst sämtliche im Hoheitsgebiet Ihres Mitgliedstaats gezahlte Beihilfen, einschließlich der von regionalen und lokalen Gebietskörperschaften gezahlten Beihilfen.***

Nach den der Bundesregierung von den deutschen Behörden zur Verfügung gestellten Informationen wurden Beihilfen i.H.v. insg. rd. 447,48 Mio. Euro (2012) bzw. 516,30 Mio. Euro (2013) gewährt.

e) Betreuung und soziale Einbindung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen

***Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in Ihrem Mitgliedstaat in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den Gegenstand der Dienstleistungen, mit denen der Erbringer als Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut wurde.***

Es erfolgen Betrauungen mit folgenden DAWI:

- Kulturelle und soziale Dienstleistungen durch Förderung des kulturellen Lebens und der Teilhabe und Inklusion durch den Betrieb eines Theaters auf dem Gelände einer psychiatrischen Klinik und Bau und Betrieb einer Übergangseinrichtung für psychisch Kranke und Behinderte.
- Stationäre Leistungen der Eingliederungshilfe und tagesstrukturierende Maßnahmen.
- Unterhalt und Betrieb eines Kreisjugendheimes.

Weitere DAWI werden einzelprojektbezogen festgelegt.

***Erläutern Sie bitte die (typischen) Formen der Betrauung. Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungen verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.***

Die Betrauung erfolgen mittels Verwaltungsakt, durch Vertrag und Satzung.

***Erläutern Sie bitte die (typische) Betrauungsdauer und geben Sie die Mindest- und Höchstdauer der Betrauungen an. Bitte geben Sie auch an, wie hoch der Anteil der Betrauungen ist, deren Dauer 10 Jahre überschreitet.***

Eine typische Betrauungsdauer gibt es nicht. Die Höchstdauer der Betrauungen überschreitet 10 Jahre nicht.

***Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) ausschließliche oder besondere Rechte gewährt werden.***

Den Unternehmen werden keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

***Erläutern Sie bitte den (typischen) Ausgleichsmechanismus für die einzelnen Dienstleistungen, einschließlich des verwendeten Beihilfeinstruments (Zuschuss, Garantie usw.), und machen Sie Angaben darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.***

Der Ausgleich erfolgt durch Zuschüsse, im Einzelfall auch durch Überlassung eines Grundstücks/einer Immobilie. Teilweise wird eine Kostenallokationsmethode zugrunde gelegt, teilweise werden nur einzelne Ausgaben bezuschusst.

***Erläutern Sie bitte die (typischen) Vorkehrungen, die getroffen wurden, damit keine Überkompensierung entsteht bzw. etwaige überhöhte Ausgleichszahlungen zurückgezahlt werden.***

Die Kontrolle erfolgt über Verwendungsnachweise (teilweise im Rahmen eines geprüften Jahresabschlusses) oder Prüfungsrechte.

***Insgesamt gewährte Beihilfe. Dies umfasst sämtliche im Hoheitsgebiet Ihres Mitgliedstaats gezahlte Beihilfen, einschließlich der von regionalen und lokalen Gebietskörperschaften gezahlten Beihilfen.***

Nach den der Bundesregierung von den deutschen Behörden zur Verfügung gestellten Informationen wurden Beihilfen i.H.v. insg. rd. 4,1 Mio. Euro (2012) bzw. 2,65 Mio. Euro (2013) gewährt.

f) Weitere soziale Dienstleistungen

***Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in Ihrem Mitgliedstaat in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den Gegenstand der Dienstleistungen, mit denen der Erbringer als Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut wurde.***

Im Berichtszeitraum erfolgten zudem Betrauungen, die mehreren Kategorien sozialer Dienstleistungen zuzuordnen sind:

- i) Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt sowie Betreuung und soziale Einbindung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen: Projekte für förderungsbedürftige Jugendliche, die ihre Schulpflicht erfüllt haben, keinen Berufsabschluss besitzen und arbeitslos sind und die mit Hilfe der Förderangebote der Agentur für Arbeit oder der Träger der Grundsicherung nicht mehr erreicht werden können, sowie Projekte zur präventiven Arbeitsmarktförderung (u.a. Entwicklung und Erprobung neuer effektiverer Methoden zur Fachkräftegewinnung und Fachkräfteentwicklung, Projekte zur Beförderung des Wissenstransfers zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, transnationale Maßnahmen zur Aus- und Weiterbildung, Entwicklung und Erprobung neuer Formen der beruflichen Erstausbildung, Praktikumsmaßnahmen für besondere Zielgruppen).
- ii) Gesundheitsdienste und Langzeitpflege sowie Kinderbetreuung: Einrichtung und Vorhaltung von Kita-Plätzen, Pflegeheimplätzen und Seniorenwohnungen sowie Betrieb der dafür notwendigen Einrichtungen.
- iii) Gesundheitsdienste und Langzeitpflege, sozialer Wohnungsbau sowie sonstige Ausgleichsleistung gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a: Verpflichtung, ein seit mehreren Jahren leerstehendes Krankenhaus, das sich in zentraler und exponierter Lage im Zentrum einer Stadt befindet und von städtebaulicher

und städtegeschichtlicher Bedeutung ist, zu erhalten, zu modernisieren und einer neuen Nutzung (Betrieb eines Pflegeheims mit Demenzstation, Ärztehaus einschließlich Dialysestation und Wohneinheiten des betreuten Wohnens) zuzuführen.

***Erläutern Sie bitte die (typischen) Formen der Betrauung. Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungen verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.***

Die Betrauungen erfolgten mittels Verwaltungsakt (i, ii) bzw. durch Vertrag (iii.).

***Erläutern Sie bitte die (typische) Betrauungsdauer und geben Sie die Mindest- und Höchstdauer der Betrauungen an. Bitte geben Sie auch an, wie hoch der Anteil der Betrauungen ist, deren Dauer 10 Jahre überschreitet.***

Die Betrauungsdauer beträgt bis zu 5 Jahre (i) bzw. 20 Jahre (ii, iii).

***Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) ausschließliche oder besondere Rechte gewährt werden.***

Den Unternehmen werden keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

***Erläutern Sie bitte den (typischen) Ausgleichsmechanismus für die einzelnen Dienstleistungen, einschließlich des verwendeten Beihilfeinstruments (Zuschuss, Garantie usw.), und machen Sie Angaben darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.***

Der Ausgleich erfolgt durch Zuschüsse, wobei teilweise eine Kostenallokationsmethode zugrunde gelegt wird (i).

***Erläutern Sie bitte die (typischen) Vorkehrungen, die getroffen wurden, damit keine Überkompensierung entsteht bzw. etwaige überhöhte Ausgleichszahlungen zurückgezahlt werden.***

Die Kontrolle erfolgt über Verwendungsnachweise (i, iii) bzw. Festlegung der Mindestdauer der Betrauung auf 20 Jahre und damit Sicherstellung der Verwendung des ausreichenden Zuschusses (ii).

***Insgesamt gewährte Beihilfe. Dies umfasst sämtliche im Hoheitsgebiet Ihres Mitgliedstaats gezahlte Beihilfen, einschließlich der von regionalen und lokalen Gebietskörperschaften gezahlten Beihilfen.***

Nach den der Bundesregierung von den deutschen Behörden zur Verfügung gestellten Informationen wurden im Jahr 2012 Beihilfen i.H.v. rd. 8,29 Mio. Euro (i) bzw. 450.000 Euro (ii) sowie im Jahr 2013 i.H.v. rd. 14,27 Mio. Euro (i) bzw. 50.000 Euro

(ii) gewährt. Bei der Maßnahme zu iii) sind die Zahlungen auf 5,5 Mio. Euro begrenzt, eine Auszahlung erfolgt in den Jahren 2012-2014 nach Baufortschritt.

3) Flug- oder Schiffsverkehr zu Inseln (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d)

Nach den der Bundesregierung von den deutschen Behörden zur Verfügung gestellten Informationen werden in diesem Wirtschaftszweig keine Beihilfen unter dem DAWI-Beschluss gewährt.

4) Flug- und Seeverkehrshäfen (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e)

***Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in Ihrem Mitgliedstaat in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den Gegenstand der Dienstleistungen, mit denen der Erbringer als Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut wurde.***

Es erfolgten Betrauungen in folgenden Bereichen:

- Betrieb eines regionalen Flughafens (die Flughafenbetreibergesellschaft wurde verpflichtet, auch außerhalb der bekanntgemachten Öffnungszeiten die Betriebsbereitschaft des Flughafens zur Abfertigung von Verkehrsflugzeugen im gewerblichen Linien- und Pauschalflugverkehr bereitzustellen).
- Betrieb eines dem allgemeinen Luftverkehr dienenden Verkehrslandeplatzes einschließlich der damit zusammenhängenden Nebengeschäfte, Errichtung und Betrieb der dafür geeigneten Gebäude und Freiflächen einschließlich aller Nebenanlagen.
- Planung, Errichtung, Unterhaltung und Betrieb eines Hafens mit allen in Verbindung stehenden Dienstleistungen, wie z.B. Ladungsumschlag, Vorhaltung von Liegeplätzen, Bereitstellung der Infrastruktur für die Schiffe an den Liegeplätzen, Grundstücksverwaltung, Verlagerung von Hafensuprastruktur, Instandhaltung von Uferanlagen, Abwicklung der Hafengebühren.

***Erläutern Sie bitte die (typischen) Formen der Betrauung. Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungen verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.***

Die Betrauungen erfolgten mittels Verwaltungsakt (regionaler Flughafen; Verkehrslandeplatz) bzw. durch Ratsbeschluss und Verwaltungsakt (Häfen).

***Erläutern Sie bitte die (typische) Betrauungsdauer und geben Sie die Mindest- und Höchstdauer der Betrauungen an. Bitte geben Sie auch an, wie hoch der Anteil der Betrauungen ist, deren Dauer 10 Jahre überschreitet.***

Die Betrauungsdauer beträgt 6 Jahre (regionaler Flughafen), 1 Jahr (Verkehrslandeplatz) bzw. 10 und 20 Jahre (Häfen).

***Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) ausschließliche oder besondere Rechte gewährt werden.***

Bezüglich der Planung, der Errichtung, der Unterhaltung und des Betriebs der Häfen mit allen in Verbindung stehenden Dienstleistungen wurden den Unternehmen ausschließliche Rechte gewährt. Im Übrigen wurden den Unternehmen keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

***Erläutern Sie bitte den (typischen) Ausgleichsmechanismus für die einzelnen Dienstleistungen, einschließlich des verwendeten Beihilfeinstruments (Zuschuss, Garantie usw.), und machen Sie Angaben darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.***

Der Ausgleich erfolgt durch Zuschüsse, wobei in aller Regel eine Kostenallokationsmethode zugrunde gelegt wird.

***Erläutern Sie bitte die (typischen) Vorkehrungen, die getroffen wurden, damit keine Überkompensierung entsteht bzw. etwaige überhöhte Ausgleichszahlungen zurückgezahlt werden.***

- Regionaler Flughafen: Im Bewilligungsbescheid wurde gemäß der haushaltsrechtlichen Vorgaben bestimmt, dass sich die Zuschüsse um den vollen in Betracht kommenden Betrag ermäßigen, sofern sich nach der Bewilligung die Ausgaben ermäßigen oder neue Deckungsmittel hinzutreten. Durch diese Bestimmungen ist sichergestellt, dass keine Überkompensierung entsteht bzw. etwaige überhöhte Ausgleichszahlungen zurückgezahlt werden.
- Verkehrslandeplatz: Die Zuwendung erfolgt unter dem Vorbehalt, dass keine Überkompensierung erfolgt. Als Überkompensierung gilt, was über den Betrag zur Abdeckung der durch die DAWI des Zuwendungsempfängers entstandenen Aufwendungen unter Berücksichtigung der dabei erzielten Erträge hinausgeht. Wird eine Überkompensierung festgestellt, so ist diese grundsätzlich zurückzuzahlen. Die Beträge sind als Verbindlichkeit darzustellen. Für den Fall, dass die Überkompensation den durchschnittlichen Ausgleich nicht um mehr als 10 % übersteigt, kann sie auf den

nächstfolgenden Bewilligungszeitraum übertragen und von dem für diesen Zeitraum zu zahlenden Ausgleich abgezogen werden. Bis zur Höhe der für die Erfüllung der DAWI erforderlichen Eigenkapitalausstattung kann ein etwaiger jährlicher Überkompensationsbetrag der Kapitalrücklage zugeführt werden.

- Häfen: Trennungsrechnung für die der Betrauung zugrundeliegenden Gemeinwohlverpflichtungen und den Bereichen, die davon nicht umfasst sind; bei einer Überkompensation von max. 10% der Ausgleichssumme darf diese auf das folgende Jahr übertragen werden, ansonsten erfolgt eine Rückforderung. Erforderlichenfalls Anpassung der Parameter.

***Insgesamt gewährte Beihilfe. Dies umfasst sämtliche im Hoheitsgebiet Ihres Mitgliedstaats gezahlte Beihilfen, einschließlich der von regionalen und lokalen Gebietskörperschaften gezahlten Beihilfen.***

Nach den der Bundesregierung von den deutschen Behörden zur Verfügung gestellten Informationen wurden im Jahr 2012 Beihilfen i.H.v. 500.000 Euro (regionaler Flughafen), 146.250 Euro (Verkehrslandeplatz) bzw. 1.418.032 Euro (Häfen) sowie im Jahr 2013 i.H.v. 500.000 Euro (regionaler Flughafen), 249.808 Euro (Verkehrslandeplatz) bzw. 1.936.922 Euro (Häfen) gewährt.

- 5) Sonstige Ausgleichsleistungen von nicht mehr als 15 Mio. Euro pro Jahr für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a)

***Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in Ihrem Mitgliedstaat in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den Gegenstand der Dienstleistungen, mit denen der Erbringer als Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut wurde.***

Nach den der Bundesregierung von den deutschen Behörden zur Verfügung gestellten Informationen erfolgten Betrauungen in folgenden Bereichen:

- Wirtschaftsförderung (u.a. Standortmarketing; Beratung und Betreuung der ansässigen Wirtschaft sowie Planungen und Maßnahmen zur Verbesserung des Wirtschaftsstandorts; Gewerbe- und Industrieansiedlungen; Tätigkeiten zugunsten von Existenzgründern; Förderung der Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft; Durchführung von Ausstellungen, Tagungen und Mes-



sen sowie Errichtung und Betrieb der hierfür geeigneten Gebäude und Freiflächen).

- Technologieförderung (u.a. Beratung und Betreuung technologieorientierter Start-ups und Spin-offs, Förderung von Netzwerktätigkeit im Technologiebereich, Förderung der Verbreitung technologischen Wissens, insb. Querschnittstechnologien, Tagungen und Messen, Betrieb geeigneter Gebäude und Freiflächen wie Reinräume, Laborräume, Technologieparks).
- Tourismusförderung (u.a. Marketing; Betrieb von touristischen Einrichtungen; Vermittlung touristischer Leistungen; Errichtung und Betrieb von Kureinrichtungen; Durchführung von Ausstellungen, Tagungen und Kongressen).
- Kultureinrichtungen (u.a. Errichtung, Sanierung und Modernisierung sowie Betrieb verschiedener Einrichtungen, z.B. Museen, Theater, Konzertsäle und Orchester).
- Schwimmbäder (z.B. Betrieb von Hallen- und Freibädern; Bereitstellung von räumlichen Kapazitäten für Schul- und Vereinssportschwimmen).
- Sportförderung auf den Gebieten des Breiten- und des Leistungssports.
- Bildung (u.a. kulturelle Bildung zu sozialverträglichen Tarifen; Betrieb von Musikschulen und Volkshochschulen).
- Zoos (u.a. Betrieb; pädagogische Maßnahmen; wissenschaftliche Forschung; Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse; Artenschutz; Zurschaustellung der Tiere zu sozialpolitisch vertretbaren Preisen).
- Naturschutz und Landschaftspflege (u.a. Maßnahmen zum Erhalt, zum Schutz, zur Pflege und zur Wiederherstellung der natürlichen Lebensbedingungen für die frei lebende Tier- und Pflanzenwelt; Information der Bevölkerung über die Wirkungsweise und Bedeutung von Natur und Landwirtschaft sowie Förderung des Verständnisses für die Verantwortung des Menschen für sein Umwelt).
- Begegnungszentren (verschiedene Einzelprojekte).
- Parkraumbewirtschaftung (u.a. Bereitstellung und Betrieb von nicht kostendeckenden Parkraumeinrichtungen, wie Parkplätzen, Parkhäusern und Tiefgaragen).

- Energieberatung und Energiemanagement (regionale Förderung des rationalen Energieeinsatzes und Bereitstellung und Nutzung regenerativer Energien; Erschließung und Nutzbarmachung von Demand-Side-Management-Potenzialen).
- Bodenbevorratung für öffentliche und agrarstrukturelle Zwecke.
- Beschäftigungsförderung (u.a. Schaffung von zusätzlichen, im öffentlichen Interesse liegenden Beschäftigungsverhältnissen für erwerbsfähige ältere Langzeitarbeitslose zur Wiederherstellung oder zum Erhalt ihrer Arbeitsfähigkeit und zur sozialen Integration).
- Rettungsdienste (Betrieb der Einsatzleitstelle).
- Breitbandausbau (u.a. Errichtung eines NGA-Netzes).
- Maßnahmen im Bereich Energie- und Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallwirtschaft sowie Städtebau.

***Erläutern Sie bitte die (typischen) Formen der Betrauung. Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungen verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.***

Die Betrauung erfolgt typischerweise mittels Verwaltungsakt, darüber hinaus u.a. durch Ratsbeschluss, Vertrag, Satzung sowie Aufsichtsrats- bzw. Gesellschafterbeschluss.

***Erläutern Sie bitte die (typische) Betrauungsdauer und geben Sie die Mindest- und Höchstdauer der Betrauungen an. Bitte geben Sie auch an, wie hoch der Anteil der Betrauungen ist, deren Dauer 10 Jahre überschreitet.***

Eine typische Betrauungsdauer gibt es nicht. Betrauungsdauern von über 10 Jahren stellen die Ausnahme dar.

***Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) ausschließliche oder besondere Rechte gewährt werden.***

In der Regel werden den Unternehmen keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

***Erläutern Sie bitte den (typischen) Ausgleichsmechanismus für die einzelnen Dienstleistungen, einschließlich des verwendeten Beihilfeinstruments (Zuschuss, Garantie usw.), und machen Sie Angaben darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.***

Der Ausgleich erfolgt typischerweise durch Zuschüsse, seltener durch Darlehen und Bürgschaften, wobei in aller Regel eine Kostenallokationsmethode zugrunde gelegt wird.

***Erläutern Sie bitte die (typischen) Vorkehrungen, die getroffen wurden, damit keine Überkompensierung entsteht bzw. etwaige überhöhte Ausgleichszahlungen zurückgezahlt werden.***

Die Kontrolle erfolgt typischerweise über Verwendungsnachweise, häufig im Rahmen eines geprüften Jahresabschlusses.

***Insgesamt gewährte Beihilfe. Dies umfasst sämtliche im Hoheitsgebiet Ihres Mitgliedstaats gezahlte Beihilfen, einschließlich der von regionalen und lokalen Gebietskörperschaften gezahlten Beihilfen.***

Nach den der Bundesregierung von den deutschen Behörden zur Verfügung gestellten Informationen wurden Beihilfen i.H.v. insg. rd. 139,87 Mio. Euro (2012) bzw. 220,18 Mio. Euro (2013) gewährt, wobei für das Jahr 2013 teilweise noch keine Nachweise vorliegen.

6) Ausgleichsleistungen für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse nach dem DAWI-Rahmen

Es wird auf die anliegenden Ausführungen betreffend den Beschluss der Kommission NN 8/2009 vom 2.7.2009 verwiesen.

## **2. Beschwerden Dritter**

Es lag eine Musterklage privater Krankenhausbetreiber gegen den Kreis Calw (Landgericht Tübingen, Aktenzeichen: 5 O 72/13) vor. Nachdem vom Landgericht Tübingen keine Bedenken gegen die Subventionen der kommunalen Krankenhäuser auf Grundlage der Betrauungsakte geäußert wurden, wird der Prozess in nächster Instanz vor dem Oberlandesgericht Stuttgart verhandelt.